

08. Badische Profile: Von der Markgrafschaft zum Großherzogtum (1790 – 1811)

Der Markgraf Karl Friedrich

Karl Friedrich war 1790 62 Jahre alt und hatte seit 1738 regiert, selbstständig seit vierzig Jahren. Er hatte zum Teil gegen erhebliche Widerstände die badischen Markgrafschaften zusammen geführt, er galt als Muster eines toleranten und aufgeklärten Fürsten, er hatte die Leibeigenschaft abgeschafft, Verwaltung und Justiz modernisiert und für die Wirtschaft und vor allem die Landwirtschaft wertvolle Impulse gegeben. Er war ein geachteter und vielgeliebter Landesvater. Seine Nachfolge schien klar geregelt, sein 1455 geborener Sohn Karl Ludwig (der Erbprinz von der Erbprinzenstraße) war seit 1774 mit Amalie von Hessen-Darmstadt verheiratet (nach der die Amalienstraße benannt ist). Das Paar hatte zwischen 1776 und 1788 acht Kinder, von denen sieben erwachsen wurden. Karl Friedrich selbst hatte 1783 seine geliebte und bedeutende Ehefrau Karoline Luise verloren und 1787 „zur linken Hand“ die kleinadlige Luise Karoline Geyer von Geyersberg, seit ihrer Hochzeit Freifrau von Hochberg, seit 1796 Reichsgräfin, geheiratet. In die Ehe wurden 1790 bis 1795 fünf Kinder geboren, von denen vier groß wurden, die aber von der markgräflichen Nachfolge ausgeschlossen waren. Karl Friedrich war als Markgraf von Baden ein geachteter Reichsfürst, der auf die beachtliche Bilanz einer aufgeklärten Regierung zurück blicken konnte und einem ruhigen Lebensabend entgegen sah.

Die Französische Revolution

Diese Idylle wurde durch die Ereignisse in Frankreich gestört. Frankreich war das Mutterland der Aufklärung, mit Voltaire, Montesquieu, Diderot, der Encyclopédie, Rousseau und den Physiokraten, aber die französische Monarchie hatte zu wenig Reformen durchgesetzt, und unter König Ludwig XVI. gab es seit 1774 eine hochadlige Reaktion, ein Abblocken jeder Reform vor allem des Steuersystems, das Adel und Kirche weitgehend privilegierte. Die Staatsausgaben überschritten die Einnahmen deutlich, die Verschuldung war dramatisch, und jede Reform scheiterte am Widerstand der privilegierten Stände. In der Not griff die Regierung zur Einberufung der Generalstände, die seit 1614 nicht mehr zusammengetreten waren. Doch auch hier galt, dass der erste und der zweite Stand, die Kirche und der hohe Adel, den Dritten Stand jederzeit überstimmen konnten. Da erklärte sich am 17. Juni 1789 der Dritte Stand zur Nationalversammlung, am 14. Juli wurde die Bastille, die königliche Bastion in Paris und damit das Symbol der „Despotie“, gestürmt, und danach wurden im August die Adelsprivilegien und alle feudalen und historischen Bindungen aufgehoben und das Land neu nach „vernünftigen“ geographischen Bedingungen in Départements eingeteilt.

Die Vorgänge in Paris wirkten auch auf Baden. So gab es Aufläufe und Aktionen von Anhängern der Revolution, und Markgraf Karl Friedrich musste badisches Militär zur Herstellung der Ruhe und Ordnung einsetzen. Auch ließ er Kehl besetzen, um die Grenze besser schützen zu können. Das badische Militär arbeitete mit dem österreichischen in Freiburg zusammen. Ein anderes Problem waren die französischen Emigranten, die seit September Frankreich verließen und unter anderem in Ettenheim Unterschlupf fanden, dem rechtsrheinischen Besitz des Straßburger Fürstbischofs Rohan. Am stärksten waren aber die Auswirkungen auf rechtsrheinische Fürsten, die alten Lehensbesitz im Elsaß hatten. Denn der wurde mit der Aufhebung feudaler Rechte enteignet. Das traf den Papst mit Avignon und der Grafschaft Venaissin, aber auch viele deutsche Fürsten, etwa Württemberg mit Mömpelgard und Reichenweiher, Baden mit dem Amt Beinheim im Elsaß und Rodemachern in Luxemburg. So schrieb Karl Friedrich an den Landgrafen von Hessen-Darmstadt (Brief vom 8. Oktober 1789):

Es scheinen die im Elsass possessionierten deutschen Reichsstände in Ansehung ihrer bisherigen Rechte und Freiheiten durch die bekannten Entschlüsse der französischen Nationalversammlung in große Gefahr gesetzt zu sein und es dürfte wohl die Nothwendigkeit erheischen, dass zu möglichster Ablenkung des bevorstehenden Nachtheils sämmtliche darunter interessier-

ten Reichsstände über Führung einerlei Sprache und über die gemeinsam einzuschlagenden Hilfswege sich miteinander einverstehen.

(zitiert nach Arthur Kleinschmidt, Karl Friedrich von Baden, Heidelberg 1878, S. 105)

Der erste Koalitionskrieg

Die Lage wurde noch durch den ausbrechenden Krieg verschärft. Österreich versuchte, auf die Regierung in Paris Druck auszuüben, schon weil die Königin Marie Antoinette eine Österreicherin war. Aber in Frankreich stieg der Hass auf Österreich, und der Konvent zwang den König Ludwig XVI., am 20. April 1792 Österreich den Krieg zu erklären. Franz war noch nicht Kaiser, aber er nahm das Reich und die Reichsfürsten in die Pflicht. So unterstützte Karl Friedrich mit seinen Truppen die Österreicher bei der Sicherung der Rheingrenze. Die französische Armee erschien wegen des Abgangs der adeligen Offiziere „kopflös“, aber die Soldaten kämpften mit großer Begeisterung und erwiesen sich den Söldnerarmeen gegenüber flexibler und einsatzwilliger. So wurde schon im Januar 1793 Mainz erobert und die Rheingrenze angestrebt. Damit verlor Baden die Grafschaft Sponheim. Zwar konnte Mainz zeitweilig zurück erobert werden, und Baden stand an der Seite Österreichs. Das führte zu französischen Drohungen, Baden einzunehmen und aufzuteilen. 1795 schloss Preußen mit Frankreich den Frieden von Basel, der Deutschland nördlich des Mains für neutral erklärte. Österreich forderte von Baden eine größere Beteiligung. Die Lage am Rhein wurde immer unsicherer, und im Juni 1796 konnte Moreau von Straßburg aus Kehl besetzen und 50 000 Mann übersetzen, die sich Richtung Offenburg und Kinzigtal bewegten und sich aus dem Land ernährten. Die Österreicher konnten nicht dagegen halten, und Württemberg verhandelte schon in Paris über einen Frieden. Karl Friedrich schloss sich an, am 25. Juli kam es zum Waffenstillstand. Österreich entwaffnete die badischen und württembergischen Kreistruppen. Württemberg schloss am 7. August einen Separatfrieden, und Baden folgte am 22. August. Verhandlungsführer war Sigismund von Reitzenstein. Der Frieden war demütigend, ein Neutralitäts- und Freundschaftspakt mit der Republik, der jedes andere Bündnis untersagte, insbesondere jede Verbindung mit dem Reich. Er verstieß damit gegen die Reichsverfassung und bedeutete faktisch die Aufkündigung der Reichszugehörigkeit. In geheimen Zusatzartikeln wurden Baden als Entschädigung geistliche Gebiete zugesagt. Karl Friedrich war ein bewusster Reichsfürst, dem diese Aufkündigung sicher sehr schwer fiel, aber eingeklemmt zwischen Frankreich und Österreich sah er keine andere Möglichkeit als die Anlehnung an Frankreich. Österreich stimmte 1797 im Frieden von Campo Formio der Rheingrenze zu, und seither wurde im Schloss von Rastatt über einen Frieden zwischen der französischen Republik und dem Reich verhandelt. Aber Napoleon verlor sich in Ägypten, die Stimmung drehte sich, und der Krieg flammte 1799 wieder auf. Deshalb wurde der Kongress in Rastatt am 22. April abgebrochen. Am 29. April wurden die französischen Gesandten in der Nähe von Rastatt von Soldaten in der Uniform Szekler'scher Husaren, die den Kongress in Rastatt gesichert hatten, umgebracht. Der Fall wurde untersucht, aber nie richtig aufgeklärt, und die Akten verschwanden. Die Franzosen mussten sich zurückziehen, und die Österreicher besetzten Baden als Feindesland und hielten sich schadlos. Karl Friedrich wurde gedrängt, sein Land und seine Ressourcen wieder dem Reich zur Verfügung zu stellen. Aber die französischen Truppen drangen erneut vor und besetzten im Herbst 1799 die nördliche Markgrafschaft. Das Reich erklärte Frankreich den Krieg, aber Baden blieb trotz des österreichischen Drucks neutral. Moreau besiegte in der Schlacht von Hohenlinden am 3. Dezember 1800 die Österreicher und die Reichstruppen, und am 9. Februar 1801 bestätigte der Friede von Lunéville den Rhein als Grenze Frankreichs. Napoleon Bonaparte, seit November 1799 nach einem Staatsstreich Erster Konsul, hatte seinen ersten großen Triumph.

Säkularisation und Mediatisierung

Von Frankreich aus war nicht nur gegenüber Baden immer wieder angeregt worden, die geistlichen Gebiete, die als überholt galten, als Entschädigung aufzuteilen. Das wurde nun durch den Frieden von Lunéville offizielle Politik. Das Reich war bisher eine Bestandsgarantie der über dreihundert reichsunmittelbaren Territorien gewesen, aber jetzt begann ein allgemeiner Wettlauf. Das Reich war durch den Frieden von Lunéville verpflichtet, eine Lösung auszuarbeiten, aber die Entscheidungen fielen in Paris, und Bestechungsgelder waren erlaubt und erwünscht. So hatte der württembergische Herzog und der Landtag jeweils einen eigenen Agenten in Paris. Betroffen war vor allem der süddeutsche Raum mit seiner starken territorialen Zersplitterung.

Es war ein unwürdiger Schacher, aber Frankreich verfolgte eine klare Linie, die Schaffung von süddeutschen Mittelstaaten, die keinen echten Machtfaktor darstellten und sich aus Dankbarkeit an Frankreich anlehnen würden. Dafür wurden Baden, Württemberg und Bayern vorgesehen, das große Bayern als Konkurrent zu Österreich, das kleine Baden aus Angst vor Württemberg eng an Frankreich gebunden. Wie weit das den Beteiligten damals klar war, ist schwer zu sagen. Der badische Unterhändler in Paris war wieder Sigismund von Reitzenstein. Baden wie Württemberg hatten eine gute Protektion: Der neue russische Zar Alexander (seit 1801) war der Sohn einer württembergischen Prinzessin und der Ehemann einer badischen, einer Tochter des Erbprinzen Karl Ludwig. Der war allerdings nach einem Besuch in Petersburg beim Besuch einer anderen Tochter, die mit König Gustav IV. von Schweden verheiratet war, im Alter von fast 47 Jahren im Dezember 1801 nach einem Unfall gestorben.

Die Ergebnisse des Länderschachers wurden im Reichsdeputationshauptschluss vom 25. Februar 1803 veröffentlicht, dem letzten großen Reichsgesetz, eigentlich einem beschämenden Dokument der Rechtlosigkeit und Willkür. Baden gehört dabei zu den großen Gewinnern. Im Artikel 5 des Dokuments heißt es:

§ 5. Dem Markgrafen von Baden für seinen Teil an der Grafschaft Sponheim und für seine Güter und Herrschaften im Luxemburgischen, Elsaß u. s. f.: das Bistum Konstanz, die Reste der Bistümer Speier, Basel und Straßburg, die pfälzischen Ämter Ladenburg, Bretten und Heidelberg mit den Städten Heidelberg und Mannheim, ferner die Herrschaft Lahr, unter den zwischen dem Markgrafen von Baden, dem Fürsten von Nassau-Usingen und den übrigen Interessenten verabredeten Bedingungen, ferner die hessischen Ämter Lichtenau und Wildstädt, dann die Abteien Schwarzach, Frauenalb, Allerheiligen, Lichtenthal, Gengenbach, Ettenheim-Münster, Petershausen, Reichenau, Öhningen, die Probstei und das Stift Odenheim und die Abtei Salmansweiler, mit Ausnahme von Ostrach und den unten bemerkten Zugehörungen, die Reichsstädte Offenburg, Zell am Hammersbach, Gengenbach, Überlingen, Biberach, Pfullendorf und Wimpfen, endlich die mittelbaren sowohl als unmittelbaren Besitzungen und Rechte auf der Südseite des Neckars, welche von den öffentlichen Stiftungen und Körperschaften des linken Rheinufers abhängen.

Zusätzlich erhielt der Markgraf die Kurwürde der Pfalz, er trug fortan den höheren Titel Kurfürst. Karl Friedrich war 75 Jahre alt und hatte seinen Sohn verloren, sein Erbe, der neue Erbprinz Karl Ludwig Friedrich, war gerade 17 Jahre alt. Sein Haus war also nicht mehr so gut bestellt.

Sigismund von Reitzenstein, 1766 in der Nähe von Bayreuth geboren, Studium der Staats- und Kameralwissenschaften, war 1788 in badische Dienste getreten, zuerst im Hofratskollegium, seit 1792 als Landvogt in Sausenberg und Rötteln. Karl Friedrich hatte eine hohe Meinung von den Fähigkeiten des 1796 Dreißigjährigen und übertrug ihm die Verhandlungen in Paris. Reitzenstein war von 1796 bis 1803 badischer Gesandter in Frankreich. Durch sein Geschick und seine Verbindungen konnte er für die Reichsdeputation 1803 die Vervielfachung des Territoriums Badens sowie die Übertragung der Kurwürde der Pfalz auf Baden erreichen. Der Karlsruher Historiker Franz Schnabel widmete ihm 1927 eine Biographie unter dem Titel *Sigismund von Reitzenstein. Der Begründer des Badischen Staates*. Hörning Heidelberg.

Das neue Kurfürstentum

Die Gestaltung des neuen Staates war eine große Aufgabe. Denn aus der kleinen Markgrafschaft wurde ein mehr als doppelt so großes Gebilde mit Bürgern und politischen Strukturen verschiedener Herkunft, Tradition, Gesetzgebung und Verwaltungspraxis. Dazu kam die Konfession. Die Markgrafschaft war lutherisch-protestantisch mit einer katholischen Minderheit seit der Vereinigung mit Baden-Baden. Das neue Kurfürstentum war zu 51% katholisch, dazu kam die reformierte Pfalz mit 10%. Das Reich als politisch-rechtliche Klammer spielte keine Rolle mehr; trotzdem war dem Badener wie dem Württemberger der Kurfürstentitel wichtig, eine Aufwertung. Dazu kamen Diskussionen über die Übernahme der Reichstagsstimmen der eingezogenen Herrschaften. Technisch gesehen wurden die zugesprochenen Gebiete schon im August 1802 vorläufig und eigentlich ohne Rechtsgrund, aber auch ohne Widerstand besetzt. Dafür wurden Kommissionäre ernannt, die sich im September bei den einzelnen Verwaltungen meldeten, die Bücher und die Kassen inspizierten und die Verantwortung übernahmen.

Im Sinn des aufgeklärten Absolutismus war der Fürst für eine politische Neuordnung verantwortlich, die gemäßigt sein sollte, den Beifall der Bürger fand und dem Fortschritt diente. Dafür wurden zwischen Februar und Mai 13 Organisationsedikte erlassen. Ihr Schöpfer war der aus dem hessischen Büdingen stammende Staatsrat Brauer.

Brauer, Johann Nicolaus Friedrich, * 14.2.1754 Büdingen, † 17.11.1813 Karlsruhe.

Als badischer Staatsrat schuf Brauer 1803 die 13 badischen Organisationsedikte, mit denen die Staatsorganisation und die Rechtsverhältnisse der alten badischen Landesteile und der auf Grund des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 hinzugekommenen neuen badischen Landesteile vereinheitlicht wurden. Außerdem übertrug Brauer das französische Zivilgesetzbuch Code Napoleon auf badische Rechtsverhältnisse, das 1810 als Badisches Landrecht in Kraft gesetzt wurde.
(Stadt Karlsruhe, Erklärung der Straßennamen)

Gegenstandspunkt der »Gründung einer zweckmäßigen Staatsverwaltung« geregelt.

Es ergingen folgende Organisationsedikte:

1. über die Einrichtung der directiven Landesadministration vom 4.2.1803
2. über die Archivs-Organisation vom 8.2.1803,
3. über Religionsübung und Religionsduldung vom 11.2.1803,
4. über Stifter und Klöster vom 14.2.1803,
5. über die Vorbereitung der weltlichen Staatsdiener vom 24.2.1803,
6. über die exekutive Landesadministration vom 9.3.1803,
7. über die Mediatisierung der Reichsstädte vom 18.3.1803,
8. über die Verwaltung der Strafgerechtigkeitspflege vom 4.4.1803,
9. über das Militär vom 21.3.1803,
10. über die allgemeinen und gesellschaftlichen Staats-Institute vom 20.4.1803
11. über Titel, Siegel und Wappen vom 2.5.1803,
12. über die Form des Geschäftsstils vom 2.5.1803,
13. über die Organisation der gemeinen und wissenschaftlichen Lehranstalten vom 13.5.1803.

Im ersten Edikt wurde das Land in drei Provinzen eingeteilt (Pfalzgrafschaft, Markgrafschaft und Fürstentum am See), mit Provinzbehörden und Zentralbehörden, also eine administrative Zentralisierung. Im dritten Edikt wurde die Gleichberechtigung der Konfessionen festgelegt, die Rechte der katholischen Kirche ausgeweitet, aber auch die staatliche Aufsicht. Mischehen wurden zugelassen, und die Geistlichen mussten sie einsegnen. Das achte Edikt setzte ein *provisorisches Normativ* für die Strafrechtspflege, eine Übernahme der humanen Richtlinien der Markgrafschaft. Das fünfte und das dreizehnte Edikt hängen miteinander zusammen. Im fünften Edikt geht es um die einheitliche Vorbereitung und Qualität der Staatsdiener, und im sehr umfassenden 13. Edikt geht es um Schule und Hochschule, von der Volksschule über die verschiedenen weiterführenden Schulen, auch den kirchlichen im katholischen Bereich, um die Schulaufsicht. Die Markgrafschaft hatte keine Universität gehabt, aber jetzt mit Heidelberg den Kurfürstentitel und die älteste deutsche Universität geerbt, die allerdings im 17. Jahrhundert von den Jesuiten reformiert worden und jetzt wie andere Universitäten heruntergekommen und in kläglicher Verfassung war. Bei der Reform der Universität spielte Sigismund von Reitzenstein eine große Rolle.

Reitzenstein hatte sich 1804 nach seiner Rückkehr aus Paris in Heidelberg niedergelassen und kümmerte sich um die Reform der Universität, 1806 bis 1807 als ihr offizieller Kurator. Es ging darum, bekannte Gelehrte zu gewinnen, die evangelisch-theologische Fakultät wieder aufzubauen, ebenso die juristische und die medizinische, und die philosophisch-geisteswissenschaftliche Fakultät musste ganz neu ausgerichtet werden. In Heidelberg ist manches von dem vorweggenommen worden, was Wilhelm von Humboldt dann in den preußischen Universitäten verwirklicht hat. Die Heidelberger Universität hat diese Fastneugründung anerkannt und den Namen des neuen Kurfürsten wie den des Gründers in ihren Namen aufgenommen: *Ruperto-Carola*. Gleichzeitig wurde aber auch die Bedeutung der Universität für die Ausbildung der badischen Staatsbeamten festgelegt: Juristen mussten dreieinhalb Jahre in Heidelberg studieren, Theologen drei, Cameralisten zweieinhalb. Die Universität wurde finanziell und personell besser ausgestattet, die Universitätsbibliothek erhielt die Bibliotheken der eingezogenen Klöster.

Neben dieser gewaltigen Aufgabe der Organisation des neuen Staates gab es aber auch politische Probleme. Reitzenstein war für das Bündnis mit Frankreich und hatte für Baden in den Verhandlungen viel herausgeholt. Aber es gab am Hof eine starke antifranzösische Partei, angeführt von der Erbprinzenwitwe Amalie, die ihren Sohn Karl in ihrem Sinn beeinflusste, und von dem Markgrafen Ludwig, dem jüngeren Sohn von Karl Friedrich. Napoleon stärkte diese Position, als er ohne Rücksicht auf den neuen Kurfürsten 1804 den bourbonischen Herzog von Enghien in Ettenheim entführen und in Vincennes erschießen ließ, bevor er sich am 2. Dezember in Notre Dame zum Kaiser krönte. Auch sonst forderte Napoleon ziemlich rücksichtslos rückhaltlose Gefolgschaft, vor allem in deutschen Angelegenheiten, und von Karl Friedrich wird der Ausspruch kolportiert: *Als Markgraf war ich reich und Herr, jetzt bin ich Kurfürst, aber arm und ohnmächtig.*

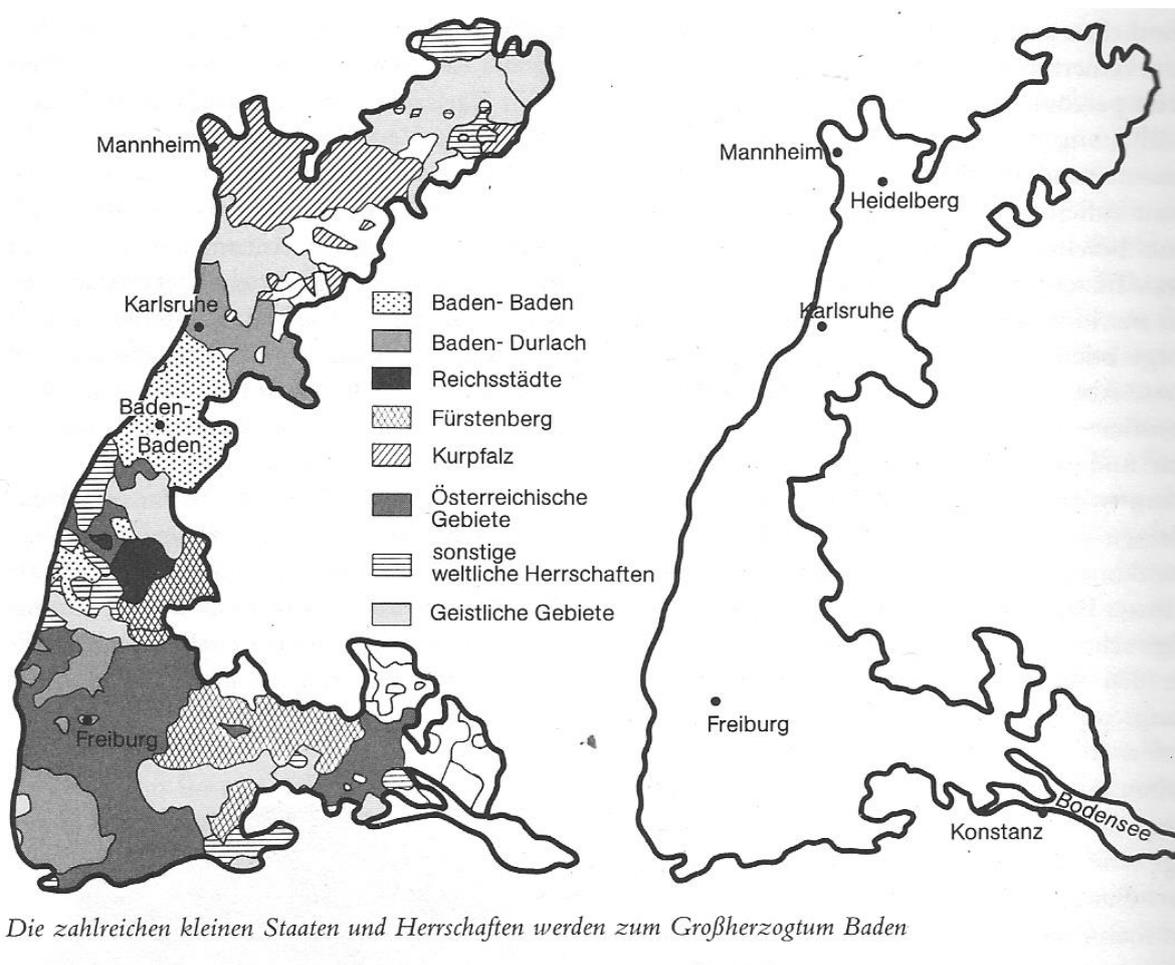
Im folgenden Jahr verschlechterte sich das Verhältnis zwischen Frankreich und Österreich, das ein Bündnis mit Russland abschloss und sich damit überlegen fühlte. Auf der Suche nach weiteren Verbündeten bot es Baden den Breisgau und die Ortenau an. Karl Friedrich wäre in der kommenden Auseinandersetzung am liebsten neutral geblieben, aber Österreich drängte auf eine Entscheidung, und Napoleon machte klar, dass Baden sich für ihn entscheiden müsse oder untergehen werde, und er forderte im August 1805 von Karl Friedrich eine finanzielle Beteiligung und die Stellung von 3000 Soldaten. Als Siegprämie versprach er eine weitere Vergrößerung. Bei Kriegsausbruch im September überschritten französische Truppen den Rhein, um Baden vor den Österreichern zu schützen. Bayern war am 21. September von Österreich besetzt worden. Am 1. Oktober wurde Napoleon von Karl Friedrich in Ettlingen empfangen und der Bündnisvertrag unterzeichnet. Am 26. Oktober war Napoleon in München und Bayern befreit, am 13. November marschierte er in Wien ein, und am 2. Dezember errang Napoleon in Böhmen in der Nähe von Brunn einen entscheidenden Sieg über die zahlenmäßig stärkeren verbündeten Österreicher und Russen (Dreikaiserschlacht von Austerlitz). Danach bat der österreichische Kaiser um Frieden, über den noch im Dezember in Pressburg-Bratislava verhandelt und der dort am 26. Dezember unterzeichnet wurde. Karl Friedrich hatte sich also richtig entschieden, als er am französischen Bündnis festhielt. Aber natürlich war das Land durch die von Frankreich geforderte Kontribution und durch die durchziehenden französischen Armeen schwer belastet. Die badischen Soldaten wurden übrigens nicht in den Schlachten eingesetzt, sondern dienten nur zur Sicherung des Nachschubs und der Verbindungslinien (wahrscheinlich wegen der geringen Qualität ihrer Bewaffnung und Ausbildung).

Der Frieden von Pressburg bedeutete den Ausschluss Österreichs aus den deutschen Angelegenheiten und faktisch das Ende des Alten Reiches. Kaiser Franz, schon seit 1804 Kaiser von Österreich, legte am 6. August 1806 den Titel *Kaiser des Heiligen Römischen Reiches* ab, aber schon im Friedensvertrag hatte er der vollen Souveränität der neuen Mittelstaaten und der Schaffung eines Rheinbundes zugestimmt. Österreich musste Tirol und Vorarlberg an Bayern abtreten, Vorderösterreich an Frankreich zur Weitergabe an Württemberg und Baden, Norditalien wurde als Königreich Italien ein Teil des napoleonischen Reiches. Mit dem Ausschluss Österreichs wurde Napoleon auch für Deutschland der bestimmende Faktor. Die neuen Herren, die Könige von Bayern und Württemberg und der Großherzog von Baden, verdankten dem französischen Kaiser ihre Erhöhung und die erneute Vergrößerung ihrer Länder.

Das Großherzogtum Baden

Napoleon verlangte von seinen neuen Satelliten, dass sie sich auch familiär mit ihm verbinden. Am 14. Januar heiratete sein Stief- und Adoptivsohn Eugène de Beauharnais in München Auguste von Bayern, die Tochter des Noch-Kurfürsten, und bei der Rückkehr machte er in Karlsruhe Station und verlangte die Heirat des Kurprinzen mit Stéphanie de Beauharnais, einer Nichte der Kaiserin. Auguste von Bayern war aber mit Karl Ludwig Friedrich von Baden verlobt gewesen, und der bockte natürlich nach dieser brutalen Entlobung. Dabei wurde er von seiner Mutter Amalie unterstützt. Napoleon versuchte, sie in einer persönlichen Unterredung umzustimmen, und er adoptierte Stéphanie und machte sie zur *Altesse Impériale* und zur *Fille de France*, um ihre Ebenbürtigkeit aufzuwerten. Reitzenstein, der natürlich den Zusammenhang von Ehekontrakt und Breisgau sah, führte die Verhandlungen in Paris, und am 21. Februar wurde der Heiratsvertrag unterzeichnet. Am 8. April wurde die Eheschließung zwischen Karl und Stéphanie in Paris gefeiert. Es gab aber noch anderen Widerstand. Der greise Karl Friedrich, der so lange Markgraf und seit 1803 Kurfürst gewesen war, wollte nicht akzeptieren, dass er nur Großherzog werden sollte, Bayern und Württemberg aber Königreiche. Auch hier hatte Reitzenstein große Mühe, zwischen Karlsruhe und Paris zu vermitteln und den Erfolg nicht zu gefährden. Er konnte für Karl Friedrich wenigstens die Anrede *Königliche Hoheit* durchsetzen.

Die Landnahme von 1802 war noch keine vier Jahre her und der neue einheitliche Ausbau noch keineswegs abgeschlossen, als jetzt die zweite Vergrößerungswelle zur Bildung des Großherzogtums führte, das Viereinhalbfache der alten Markgrafschaft und das Fünffache der Bevölkerung. Die schwierigste Erwerbung war sicher der Breisgau, bisher gut regiert, stolz auf die kaiserlich-österreichische Tradition und aufgeklärt katholisch. Auch gab es nicht nur im Breisgau noch ein Mitspracherecht der Stände, eigene Traditionen und Verwaltungsgewohnheiten.



Die zahlreichen kleinen Staaten und Herrschaften werden zum Großherzogtum Baden

Das alte Baden und das neue Großherzogtum (Karte aus Wolfgang Hug, Geschichte Badens)

Die Neuordnung erfolgte wieder im Geist des aufgeklärten Absolutismus, eine Vereinheitlichung, die vom Fürsten erlassen und verantwortet wurde. Nachdem der Rechtsrahmen des Reiches weggefallen war, mussten die Änderungen grundsätzlicher sein. Sie wurden in sieben zwischen 1807 und 1808 erlassenen Konstitutionsedikten niedergelegt:

Das erste dieser Edikte vom 14. 5. 1807 leitete die Neuordnung mit folgendem Satz ein:

„Nachdem durch Aufhebung der Kraft aller ehemaligen Grundgesetze des Deutschen Reichs die Verfassung aller deren Lande schwankend und unsicher geworden ist, deren Rechtszustand vorhin durch jene Gesetze regiert wurde, so finden Wir unumgänglich nötig, die Stelle jener veralteten Grundgesetze mit neuen der Lage unseres Großherzogtums angemessenen zu ersetzen ... So wollen wir mit einzelnen Konstitutionsedikten in das Mittel treten, aus deren Verbindung seinerzeit die Konstitution Unseres ganzen Staates nach allen seinen Theilen hervorgehen möge.“ Die Konstitutionsedikte enthielten überwiegend Grundsätze der Staatsverfassung. Die ersten der sieben Konstitutionsedikte für das Großherzogtum Baden verraten die Hand ihres Entwurfsfertigers Brauer.

An Konstitutionsedikten wurden erlassen:

- 1. Die kirchliche Staatsverfassung des Großherzogtums Baden betreffend (14. 5. 1807)*
- 2. Die Verfassung der Gemeinheiten, Körperschaften und Staatsanstalten betreffend (14. 7.)*
- 3. Die Standesherrlichkeitsverfassung des Großherzogtums Baden betreffend (22. 7. 1807)*
- 4. Die Grundherrlichkeitsverfassung des Großherzogtums Baden betreffend (22. 7. 1807)*
- 5. Die Lehensverfassung des Großherzogtums Baden betreffend (22. 7. 1807)*
- 6. Die Grundverfassung der verschiedenen Stände des Großherzogtums Baden betreffend*
- 7. Die dienerschaftliche Verfassung des Großherzogtums Baden betreffend (25. 4. 1809)*

Die Aufhebung allen alten Staatsrechts hatte auch den Rechtsstand der Kirchen betroffen. Durch das 1. Konstitutionsedikt wurde eine neue staatskirchenrechtliche Grundlage geschaffen. Der Neugestaltung des Körperschaftsrechts im weiten Sinne sowie des Kommunalrechts diente das 2. Edikt. Die Auflösung des Reichs hatte eine Neuordnung der Rechtsverhältnisse aller der nach ehemaligem Reichsrecht Privilegierten und deren Einordnung in die neuen staatsrechtlichen Verhältnisse nötig gemacht. Diesem Zweck dient das 3., 4. und 5. Konstitutionsedikt. Das 6. Konstitutionsedikt diente der grundgesetzlichen Festlegung und Abgrenzung der Rechte der Untertanen in weitester Annäherung an rechtsstaatliche Auffassungen. Durch das 7. Konstitutionsedikt sollte das Dienerrecht unter Berücksichtigung der Tendenz seiner Entwicklung zur Versachlichung auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt werden.

(Karl Stiefel, Baden 1648 – 1652, Karlsruhe 1977, Band I, S. 213)

1809 übernahm Sigismund von Reitzenstein den Posten des Leitenden Ministers. Er sah die Defizite der bisherigen Entwicklung und ordnete mit dem Organisationsreskript vom 26. November 1809 die Staatsverwaltung neu. Er wollte damit die Vereinheitlichung des Staatsgebietes aus seinen verschiedenen Traditionen weiter vorantreiben. Die Provinzen wurden aufgehoben und das Land wurde in geographisch bestimmte Amtsbezirke und Kreise eingeteilt, ohne Rücksicht auf die bisherige Zugehörigkeit. Das Staatsministerium erhielt fünf Departements, je eines für Inneres, für Äußeres, für Justiz, Finanzen und Krieg. Diese Verwaltungsordnung galt im Prinzip bis zum Ende der Monarchie. Zur Rechtsvereinheitlichung wurde für das ganze Großherzogtum der französische Code Napoléon (in deutscher Übersetzung Karlsruhe 1809) zum 1. Januar 1810 als Bürgerliches Gesetzbuch eingeführt. Reitzenstein machte sich allerdings in der alten Verwaltung so viele Feinde, dass er 1810 resignierte. Er war der wichtigste Berater des Großherzogs, der *Begründer des badischen Staates*, aber die Stadt Karlsruhe widmete ihm keine Straße.

Literatur:

Arthur Kleinschmidt: Karl Friedrich von Baden. Heidelberg 1878

Franz Schnabel: Sigismund von Reitzenstein, der Begründer des badischen Staates, 1927

Karl Stiefel: Baden 1648 bis 1952. 2 Bände, BNN Karlsruhe 1977

Baden: Land - Staat - Volk 1806 - 1871. Katalog zur Ausstellung Karlsruhe 1980.

Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons: Ausstellung des Landes Baden-Württemberg.

Katalog Band 1,1 und 1,2. Aufsätze Band 2. Stuttgart 1987.

Kirchengut in Fürstenhand. Ausstellungskatalog zur Säkularisierung. Bruchsal 2003.

Heinrich Hauß/Adolf Schmid: Badisches Kalendarium. Badische Heimat, Braun 2006

Das Ende des Großherzogs Karl Friedrich

Das letzte Jahrzehnt war für Baden eine aufregende Zeit gewesen, das Zusammenführen der Gebiete verschiedener Tradition und Konfession zu einem Staat war eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Dazu kam, dass die endlich erreichte Souveränität durch die Abhängigkeit von Frankreich und Napoleon zur Farce wurde. Das neue Großherzogtum, obwohl hoch verschuldet, musste für die französischen Kriege Kontributionen zahlen, Anleihen aufnehmen und Sachleistungen erbringen, außerdem seine Armee vergrößern und auf eigene Kosten Ausrüstung und Ausbildung verbessern. Badische Truppen wurden 1806 gegen Preußen und danach in Vorarlberg und Tirol zur Unterdrückung der Aufstände gegen die neue bayrische Herrschaft eingesetzt, 1809 im nächsten Krieg gegen Österreich und 1811 dann in Spanien gegen die dortige Widerstandsbewegung. Die Truppen wurden französischen Armeekorps zugeordnet, waren also Teil der französischen Armee. Die Bevölkerung litt unter den hohen Belastungen, auch als ständiges Aufmarschgebiet (in Karlsruhe wurde die Kriegsstraße als südliche Umgehung angelegt, um die vorbeimarschierenden Truppen nicht durch die Stadt ziehen zu lassen). Dazu kam, dass Napoleon sich über die Minister und die Verhältnisse am Hof genau unterrichten ließ und häufig brieflich eingriff, um Änderungen zu verlangen, zum Beispiel die Entlassung Reitzensteins und seines vertrauten Helfers Friedrich Marschall von Bieberstein Ende 1810. Die Katholiken wie die Pfälzer beschwerten sich über zu wenig Berücksichtigung, und Napoleon drohte damit, die katholischen und kurpfälzischen Gebiete wieder wegzunehmen. Der kaiserliche Gesandte Bignon war Aufpasser, Kontrolleur und Graue Eminenz.

Dazu kam die Ehe von Erbgroßherzog Karl mit Stéphanie Beauharnais, denn Karl hielt an seiner Ablehnung fest, er ließ Stéphanie in Mannheim residieren und blieb selber in Karlsruhe. Der Kaiser schickte im Januar 1808 einen Sondergesandten, der die Auswechslung der Umgebung des Erbgroßherzogs und dessen Wechsel nach Mannheim forderte, gleichermaßen für die Ehe und für Mannheim als zweite Residenz. Gleichzeitig verpflichtete er die Stadt zu einer Zwangsanleihe, mit der sie begrünt und verschönert werden sollte. Im April 1809, vor dem neuen Krieg mit Österreich, traf sich Napoleon mit Stéphanie in Ettlingen. Anschließend fuhren Stéphanie und Karl nach Straßburg, um dort die Kaiserin zu besuchen, später auch die Gräfin Hochberg und sogar die Erbprinzenwitwe Amalie. Das Verhältnis der beiden besserte sich langsam, Karl erkannte endlich die Lebendigkeit, die Loyalität und die Qualitäten seiner Frau, und im Juni 1811 wurde ihre erste Tochter geboren.

Großherzog Karl Friedrich hatte die Regierung verantwortlich geleitet, auch wenn er in diesen Jahren immer mehr auf vertraute Mitarbeiter angewiesen war. Er war bei leidlicher Gesundheit und nahm noch 1807 an Hirschjagden teil. Aber seit 1808 ließen seine Konzentration und sein Interesse an den laufenden Geschäften merklich nach. Die Entscheidungen wurden mehr und mehr vom Erbgroßherzog Karl und dem Kabinett getroffen. Wichtig war für Karl Friedrich die Begegnung mit Heinrich Jung-Stilling, einem Freimaurer, Tierarzt, Pionier der Staroperationen, den er 1803 von der Universität Marburg abwarb und der seit 1806 als Großherzoglicher Badischer Hofrat mit einer ansehnlichen Pension in Karlsruhe lebte. Jung-Stilling hatte inzwischen eine enge Bindung zu den Pietisten, den Stillen in Land, und traf wohl mit diesem Erweckungsglauben die Gemütslage von Karl Friedrich. Dazu passt, dass die 1806 gegründete Brüdergemeine Königsfeld 1810 in einem württembergisch-badischen Ausgleich zu Baden kam und von Karl Friedrich mit allen Privilegien übernommen wurde. Der Gemeindesaal der Karl-Friedrich-Gedächtniskirche in Karlsruhe heißt heute noch Jung-Stilling-Saal.

Eine andere wichtige Frage, die ihn noch umtrieb, wohl auch auf Druck der Gräfin Hochberg, war die Gleichstellung ihrer gemeinsamen Söhne und ihre Eventualerbfolge. Früher konnte das der Kaiser entscheiden, aber jetzt war man souverän. Dagegen war natürlich Amalie und auch Bayern, wo ihre älteste Tochter verheiratet war. Napoleon hätte entscheiden können, aber er ließ die Frage offen, weil das seine Position stärkte.

Auch die Erhöhung zum König beschäftigte Karl Friedrich sehr. Interessanterweise sieht sein Biograph Kleinschmidt das vor allem als Anliegen Reitzensteins, das Karl Friedrich nicht wichtig nahm. Doch Reitzenstein fand es lächerlich und wehrte sich dagegen, aber Karl Friedrich drängte. Er gab sogar den Auftrag, für den Fall der Fälle eine Krone vorzubereiten.

Am 20. Mai 1808 ordnete Karl Friedrich an, dass man, seiner neuen Würde entsprechend, Edelsteine von kirchlichen Goldschmiedearbeiten, die durch die Säkularisation in staatlichen Besitz gefallen waren, "zur Fertigung seiner königlichen Krone und Scepter anwende". Die Fertigstellung der badischen Kroninsignien hat der erste Großherzog nicht mehr erlebt. Sein Tod am 10. Juni 1811 löste hektische Aktivitäten aus. Innerhalb weniger Tage mussten Krone, Zepter und Zeremonienschwert hergestellt werden. Für die Trauerfeierlichkeiten schuf man in aller Eile eine Krone aus Silberblech und Pappmaché mit textilem Überzug. Der kostbare Steinbesatz wurde durch die Umarbeitung von Schmuck und aus den konfiszierten Kirchenschätzen gewonnen. Die Konstruktion der aus Stirnreif und acht breiten Bügeln bestehenden Krone ist sehr einfach: ein Drahtgerüst ist innen mit Samt, außen mit Silberblech, bzw. mit gelber Seide bezogen, die ihrerseits mit einem Rautenwerk aus Goldfäden bespannt ist. Darauf sind die Steine befestigt. Am Schnittpunkt der Bügel befindet sich eine Kugel, auf der ein mit Diamanten und Rubinen besetztes Kreuz sitzt.

(Text Badisches Landesmuseum)

Karl Friedrich starb am 10. Juni 1811 mit fast 83 Jahren. Er wurde am 24. Juni in der markgräflichen Grablege in Pforzheim beigesetzt. Sein Nachfolger wurde sein Enkel Karl.



*Statue von
Großherzog
Karl Friedrich
vor dem
Karlsruher Schloss*

Badische Profile: Unter den Großherzogen Karl, Ludwig und Leopold (1811 - 1845)

Großherzog Karl und das Ende Napoleons

Als Karl am 10. Juni 1811 die volle Verantwortung übernahm, waren die Anforderungen durch Frankreich und Napoleon immer drückender, belastender und fragwürdiger geworden.

Friedrich von Weech, *Badische Geschichte*, 1890, S. 503/4 beurteilt seine Fähigkeiten so:

Dem Großherzog Karl fehlten alle Eigenschaften, welche diese Zeit, welche die Interessen des Landes forderten ... Am 8. Januar 1786 geboren, zählte Großherzog Karl erst fünfundzwanzig Jahre, als er zum Antritt der Regierung berufen wurde. Aber ihm fehlte die Frische, der Thatendrang, die Arbeitslust des Jünglings, der Ernst, die Reife, die Entschlossenheit des Mannes.

Schon seit 1809 kämpfte ein badisches Regiment mit fast 2000 Mann in Spanien, wo sie 1813 gegen den aus Portugal angreifenden Herzog von Wellington antraten. Anfang 1812 begann die Aufstellung der Großen Armee gegen Russland. Das badische Heer nahm mit fast 7000 Mann an dem Feldzug in Russland teil, an den Schlachten von Smolensk und Borodino, an der Einnahme Moskaus und an dem katastrophalen Rückzug seit Mitte Oktober 1812. Die verbündeten Truppen wurden zur Sicherung des Rückzugs befohlen und erlitten besonders hohe Verluste. Zunächst kamen nur 164 zurück, mit Nachzügler und Verwundeten waren es weniger als 500. Schon im Frühjahr 1813 forderte Napoleon neue Truppenkontingente von seinen Verbündeten für die Verteidigung seiner Stellung in Deutschland: In der Schlacht von Bautzen im Mai 1813 siegte Napoleon mit Bayern, Württembergern und Badenern gegen Russen und Preußen. Seit Juli gehörte auch Österreich zu den Alliierten. In der Völkerschlacht von Leipzig (16. – 18. Oktober), der entscheidenden Niederlage Napoleons, kämpften 4500 Badener auf französischer Seite.

Bayern, näher an Österreich und unabhängiger, trat nach vorbereitenden Gesprächen mit Metternich gegen die Zusicherung seines territorialen Besitzes am 14. Oktober 1813 im Vertrag zu Ried auf die Seite der Alliierten über. Die württembergischen Truppen fielen in der Schlacht zur anderen Seite ab, und am 2. November schloss sich König Friedrich im Vertrag von Fulda den Alliierten an. Für Baden war die Lage wegen der Nähe zu Frankreich schwieriger, aber als im Lauf des November das Ausmaß der Niederlage Napoleons immer deutlicher wurde, trat am 20. November auch Großherzog Karl im Vertrag von Frankfurt auf die Seite der Alliierten über, nachdem er Kontakt zum Zaren Alexander, seinem Schwager, aufgenommen hatte. Die von seinen Beratern geforderte Trennung von Stéphanie de Beauharnais lehnte er ab. Baden wie Bayern und Württemberg mussten sich an den Feldzügen in Frankreich im Frühjahr 1814 beteiligen und zogen am 31. März mit den Siegern in Paris ein.

Der Wiener Kongress

Bayern, Württemberg und Baden waren neue, von Napoleon ohne Rechtsgrundlage und auf Kosten früherer Territorialherren geschaffene und noch ungefestigte Staaten, und mit seinem Ende hofften viele Entrechtete auf Wiedereinsetzung. Auf der anderen Seite war den drei Staaten von Österreich ihr territorialer Weiterbestand zugesichert worden, und für Baden wie für Württemberg war der russische Zar ein gewisser Garant. Mit Frankreich schlossen die Alliierten den Frieden von Paris, der Frankreich in den Grenzen von 1792 beließ. Wegen der Neuordnung Europas und Deutschlands wurde für September 1814 ein Kongress nach Wien einberufen, zu dem auch die Geschädigten und Enteigneten eingeladen waren. Dazu kam das Problem einer neuen Verfassung für Deutschland. Insgesamt war also die Zukunft keineswegs klar, und die Anwesenheit in Wien war unabdingbar, um den neuen Staat und seine Souveränität zu verteidigen.

Die wichtigsten Fragen wurden beim Kongress von Zar Alexander, von dem österreichischen Kanzler Metternich und dem britischen Bevollmächtigten Lord Castlereagh entschieden. Auch der französische Außenminister Talleyrand und die Preußen mit König Friedrich Wilhelm III. und

Staatskanzler Hardenberg spielten eine gewisse Rolle. Wegen Sachsen kam es zwischen Russland – Preußen und Österreich – Frankreich sogar zum Streit und fast zum Krieg. Der Kongress hatte kein Plenum und keine Geschäftsordnung, verhandelt wurde von den Diplomaten in Ausschüssen und kleinen Zirkeln. Dafür war der Kongress ein großes gesellschaftliches Ereignis mit Bällen, Ausfahrten, Jagden, Feuerwerk und anderen Unterhaltungen. Die Wiener Polizei hatte alle Mühe, das Ganze zu überwachen und zu kontrollieren. Der britische Historiker Adam Zamoyski stützt sich in seinem Buch (1815 – Napoleons Sturz und der Wiener Kongress, Beck München 2014) auf *Les Dessous du Congrès de Vienne, d'après les documents originaux des archives du Ministère impérial et royal de l'intérieur à Vienne* von Maurice-Henri Weil, 2 Bände, Paris 1907. Er schreibt über den badischen Großherzog (S. 355/356):
Einer, der sich den Vergnügungen offenbar mit Leib und Seele hingab, war der achtundzwanzigjährige Karl Ludwig Friedrich Großherzog von Baden. Er hatte seine ihm von Napoleon aufgezwungene Gattin, Stéphanie de Beauharnais, verstoßen und fühlte sich jetzt wie freigelassen. Von den Freuden Wiens begann er gleich nach seiner Ankunft zu kosten. Erstmals erregte er die Aufmerksamkeit der Polizei, als er einem andern Mann die Geliebte ausspannte, die aus Ungarn stammende Pariserin Joséphine Morel. Sie scheint eigene Ziele verfolgt zu haben, und nachdem sie Ehemann und Kinder nach Wien geholt hatte, beschloss die Polizei, sie auszuweisen. Aber der Großherzog wandte sich an Trautmannsdorff und bat ihn, sich bei Hager für ihr Bleiben einzusetzen. Zwar ärgerte ihn ihre Untreue, aber er war durchaus großzügig. Er hatte seinen Kammerherrn, Baron Geusau, instruiert, ihm eine Wohnung zu beschaffen, in der er offenbar anlässlich eleganter Orgien Joséphine Morel und ein junges Dienstmädchen, das er im Hause des Barons Gärtner verführt hatte, mit seinem neuen Freund, dem Erbprinzen von Hessen-Darmstadt, teilte. Letzterer zeigte sich erkenntlich, indem er seinen eigenen Kammerherrn ausschickte, Mädchen für diese Zwecke von der Straße zu holen. Hin und wieder zeigten die Anstrengungen Wirkung, so dass der Polizeibericht zuweilen vermerkte, der Großherzog habe sich mehrere Tage lang in einem Zustand schwerer Unpässlichkeit befunden.

Zamoyski stützt sich in seinem Buch sehr stark auf Tratsch und Klatsch, er ist auch nicht gut informiert, wie die Anmerkung über Stéphanie zeigt. Trotzdem zeigt die Einschätzung des Großherzogs, die auf den Berichten der Wiener Polizei beruht, einen etwas anderen Karl als die badische Tradition, die ihn als zunehmend krank und entscheidungsunfähig ansieht. Immerhin schreibt auch Friedrich von Weech über den Wiener Kongress (S. 515):
Den Großherzog Karl zu entsprechenden Schritten zu veranlassen, gelang indes seinen Ratgebern umso weniger leicht, als er, von Hause aus zögernd und unentschlossen, sich neuerdings kränker fühlte und in der Unruhe, den Aufregungen und Zerstreuungen des Kongresses die Erholung und Sammlung, die im Interesse der Förderung dieser wichtigen Staatsangelegenheiten für ihn so dringend nötig war, nicht finden konnte.

Der Großherzog war von September 1814 bis April 1815 in Wien. Die Rückkehr Napoleons im März führte zu einem neuen Bündnis der Alliierten, und auch badische Truppen wurden aktiviert und drangen im Elsass vor. Doch die Niederlage von Waterloo am 18. Juni 1815 beendete die Herrschaft Napoleons endgültig. Beim Kongress wurde der Großherzog von dem Freiherrn von Hacke, dem badischen Gesandten in Wien, von dem Innenminister Freiherrn von Berckheim und von dem Gesandten in Stuttgart, Freiherrn von Marschall, einem Vertrauten Reitzensteins, begleitet und beraten. Eine wesentliche in einem eigenen Unterausschuss behandelte Frage war die Zukunft Deutschlands. Die neuen Staaten wollten ihre von Napoleon zugestandene, aber nicht respektierte volle Souveränität nicht durch eine Erneuerung des Alten Reiches einschränken lassen. Der Kompromiss war der Deutsche Bund in den Grenzen des Alten Reiches, einem beratenden Bundestag aus Gesandten der Mitgliedstaaten, ohne gemeinsame Gesetzgebung oder Exekutive, aber ein Verteidigungsbündnis mit einer gemeinsamen Wehrverfassung. Dazu kam, dass Preußen wie Österreich nur für einen Teil ihres Staatsgebietes Mitglied im Deutschen Bund waren. Das Präsidium des Bundes lag beim Kaiser von Österreich, der Bundestag tagte in Frankfurt. Die Bundesakte wurde am 8. Juni 1815 verabschiedet und von 39 Mitgliedstaaten unterzeichnet, sie wurde in die Wiener Kongressakte vom 8. Juni aufgenommen.

Die Verfassungsfrage im Deutschen Bund

Mit der französischen Revolution setzte sich die Erkenntnis durch, dass die Zeit des aufgeklärten Absolutismus, der vernünftigen Regierung als Wohltat von oben, vorbei sei. Auch Napoleon hatte immer mit einer Volksvertretung und mit Plebisziten regiert, das letzte während der Hundert Tage über eine neue Verfassung. Einige kleinere deutsche Staaten gaben sich noch vor dem Wiener Kongress Verfassungen, als erster das Fürstentum Nassau (2. September 1814). Die Frage wurde auch in Baden von den Beratern des Großherzogs diskutiert. Eine Vertretung des Staatsvolks, das durch die Verfassung erst konstituiert wurde, konnte zum Zusammenwachsen des Staates beitragen, und das war bei den weiterhin hohen Belastungen durch die enorme Verschuldung unbedingt notwendig. Auch der Zar, der an einer liberalen Verfassung für Polen arbeitete, drängte seinen Schwager, und im Dezember 1814 schrieb der Großherzog an die Staatskanzler von Österreich und Preußen, dass er beabsichtige, für sein Land eine *landständische Verfassung* einzuführen. Am 17. Januar kam in Karlsruhe eine Botschaft des Großherzogs an, mit einem Verfassungsentwurf von Marschall und der Anordnung zur Bildung einer Kommission, und im März ging ein umgearbeiteter Verfassungsentwurf und ein Vorschlag für ein *Wahlreglement* nach Wien ab. Wegen der Landung Napoleons und der kriegerischen Reaktionen darauf stockte die weitere Arbeit an der Verfassung.

In der Bundesakte wurde in Artikel 13 festgelegt: *In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden.* Dabei sollte das *landständisch* vermutlich an vorrevolutionäre ständische Beteiligungsmodelle anknüpfen und auf ein Zweikammersystem abzielen, in dem die Erste Kammer als Vertretung des Adels und der Privilegierten als Gegengewicht zur Zweiten Kammer, der *Volksvertretung*, dienen konnte. Trotzdem waren sich die 39 Unterzeichner der Bundesakte offensichtlich darüber einig, dass eine Volksbeteiligung zeitgemäß und notwendig sei.

Nicht aber Preußen und Österreich, denn die Wiener Schlussakte, das übergeordnete Dokument, in das die Bundesakte aufgenommen wurde, sagt im Artikel 57 einschränkend:

Da der Deutsche Bund, mit Ausnahme der Freien Städte, aus souveränen Fürsten besteht, so muss, dem hierdurch gegebenen Grundbegriffe zufolge, die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben, und der Souverän kann durch eine ständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden.

Baden trat dem Deutschen Bund am 26. Juli 1815 bei.

Die schweren Jahre nach 1815

Die schweren Belastungen der napoleonischen Zeit hatten Baden ausgeblutet, auch finanziell, und die Niederwerfung Napoleons hatte das Land weiter belastet. Dazu kam im April 1815 der schwere Ausbruch des Vulkans Tambora auf der Insel Sumbawa östlich von Java, im heutigen Indonesien. Das durch die Eruptionen ausgeworfene Material verursachte weltweite Klimaveränderungen. Das Jahr 1816 war in Europa und in Nordamerika das *Jahr ohne Sommer*. Ein weitgehender Ernteausfall führte überall zu Hungersnöten und einer schweren Wirtschaftskrise. Der neue württembergische König Wilhelm stiftete deshalb für 1818 ein *landwirtschaftliches Fest zu Cannstatt* und gründete in Hohenheim eine *landwirtschaftliche Lehranstalt*.

Stéphanie hatte dem Großherzog am 1. Mai 1816 einen Sohn geboren, aber das Kind starb am 8. Mai 1817. *Dieses Unglück beugte den Großherzog aufs tiefste darnieder. Sein durch jahrelanges Leiden geschwächter Körper widerstand der schweren Erschütterung nicht länger. Von da an erschien allen Personen seiner Umgebung sein Siechtum unheilbar. Doch raffte er sich in diesen schweren Tagen auf, den bewährten Diener seines Großvaters, dem auch er selbst von jeher das größte Vertrauen geschenkt hatte, den Freiherrn von Reitzenstein, als Staats- und Kabinettsminister wieder zu seinem ersten Ratgeber zu ernennen.* (von Weech, S. 519)

Bayern behauptete alte Ansprüche aus der Zeit vor 1803 und hätte gern aus badischem Besitz die Kurpfalz übernommen, wegen alter wittelsbachischer Tradition, aber auch als Landbrücke zwischen dem bayrischen Franken und der linksrheinischen Pfalz, die 1814 an Bayern gekommen war. Bayern setzte deshalb auf das vermutliche Aussterben der markgräflichen Linie. Reitzenstein konnte den Großherzog davon überzeugen, in einem Hausgesetz vom 4. Oktober 1817 die Einheit und Unteilbarkeit des Großherzogtums festzustellen und die Halbonkel Karls,

die Söhne Karl Friedrichs aus der Hochbergischen Ehe, die Reichsgrafen Leopold, Wilhelm und Maximilian, zu Markgrafen zu ernennen und sie für voll erberechtigt zu erklären. Früher wäre für einen solchen Akt der Kaiser zuständig gewesen. Jetzt war es ein Akt des Großherzogs als souveräner Fürst. Für Baden schuf dieser Akt Rechtssicherheit. Auf dem Kongress von Aachen der Heiligen Allianz wurde im September 1818 die Erbfolge allgemein anerkannt.

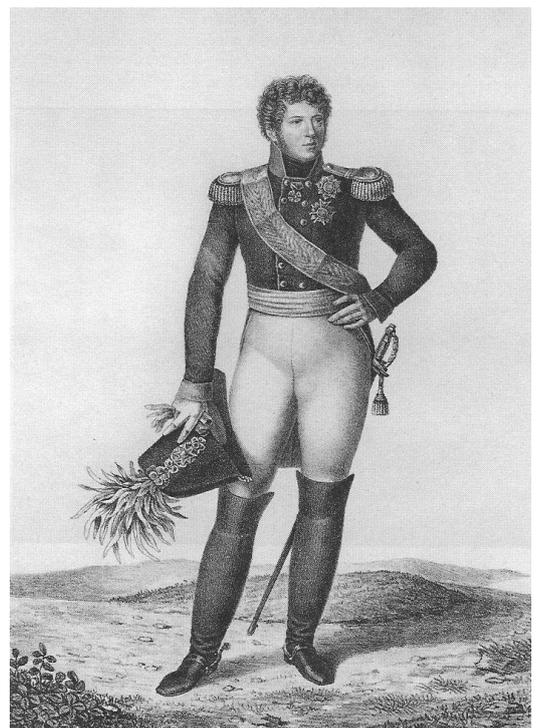
Die Verfassung von 1818

Seit dem Wiener Kongress und dem Deutschen Bund war die Verfassung in der Diskussion, und sie wurde auch öffentlich gefordert, so Ende 1815 durch eine Eingabe grundherrlicher Adliger und Heidelberger Bürger. Im März 1816 kündigte der Großherzog die Einführung der Verfassung zum 1. August an. Aber bis Juli konnten sich die Berater auf kein Konzept einigen, und am 29. Juli wurde die Einführung auf unbestimmte Zeit vertagt. Das rief *in allen Kreisen des Landes die tiefste Verstimmung und Entmutigung* (von Weech, S. 518) hervor. Aber Reitzenstein ließ an dem Projekt weiter arbeiten. Im April 1818 wurde eine Kommission mit Reitzenstein und anderen Ministern eingesetzt, um einen neuen Verfassungsentwurf vorzulegen. Federführend dabei war als Referent der Finanzrat Karl Friedrich Nebenius, 1784 im linksrheinischen Rhodt geboren und seit 1807 in badischen Diensten. Er war wohl schon an den ersten Entwürfen von 1815 beteiligt und der Schützling Reitzensteins, und er gilt als der Schöpfer der badischen Verfassung. Sein Entwurf wurde von der Kommission mit geringen Änderungen angenommen, der Großherzog unterschrieb am 22. August in Griesbach, wo er zur Kur weilte, und am 29. August 1818 wurde die Verfassungsurkunde im Regierungsblatt veröffentlicht.

Die badische Verfassung war vom Großherzog erlassen, nicht von einer Volksvertretung gebilligt. Entsprechend war in der Verfassung der Großherzog der Staat, die Quelle aller staatlichen Hoheitsgewalt, Herr über Militär und Beamtentum und verantwortlich für das Staatsministerium. Allerdings mussten Erlasse von den zuständigen Ministern gegengezeichnet werden, und die Minister waren auch der Verfassung verantwortlich, nicht aber der Ständeversammlung.

Das Parlament, das Ständehaus, hatte ein Mitspracherecht bei der Gesetzgebung und vor allem beim Haushalt. Es bestand aus zwei Kammern. In der Ersten Kammer saßen die Prinzen des Großherzoglichen Hauses, die Familienoberhäupter der einst reichsunabhängigen Fürsten (z.B. Fürstenberg), 8 gewählte Vertreter des grundherrlichen Adels, 8 vom Großherzog ernannte Mitglieder, die Vertreter beider Kirchen und die Rektoren der Universitäten Heidelberg und Freiburg. In der Zweiten Kammer saßen 63 in Wahlbezirken gewählte Abgeordnete. Wahlberechtigt waren Männer über 25, die ein Bürgerrecht besaßen und Steuern bezahlten. Gewählt wurde indirekt, das heißt über Wahlmänner aus den einzelnen Dörfern, und für die Abgeordneten galt, dass sie ein Einkommen nachweisen mussten. Die Abgeordneten wurden wohl anfänglich für zwei Jahre gewählt, aber die Perioden wurden immer wieder verändert, 1904 auf vier Jahre. Das Ständehaus musste mindestens alle zwei Jahre einberufen werden.

Großherzog Karl erlebte die Verfassung nicht mehr in Funktion. Er starb am 8. Dezember 1818 im Schloss Favorite bei Rastatt und wurde in der Krypta der 1816 geweihten Stadtkirche in Karlsruhe beigesetzt. Seine Frau Stéphanie überlebte ihn bis zum 29. Januar 1860. Sie lebte in Mannheim und in ihrem Pavillon in Baden-Baden, und sie wurde als letzte in der Pforzheimer Fürstengruft beigesetzt.



Großherzog Karl (um 1818)

Friedrich Weinbrenner und die Umgestaltung Karlsruhes zur Residenz

Die Residenz eines Königreichs Baden würde nur über eine einzige große Straße verfügen, deren Bebauung sich zum größten Teil lediglich aus Hütten zusammensetze, so dass man sich zum Gespött ganz Europas mache – dies war eines der Argumente, mit denen der „Begründer des badischen Staates“ Sigismund Freiherr von Reitzenstein (1766 – 1847) im August 1806 von Paris aus seinem Landesherrn Karl Friedrich, der gerade die ihm von Napoleon I. zugebilligte Großherzogswürde nur widerstrebend angenommen hatte, den Wunsch nach der Königswürde ausredete. (Volker Rödel im Katalog Friedrich Weinbrenner 1766 – 1826, 2015, S. 25)

Der 1766 als Sohn eines Karlsruher Zimmermanns geborene Friedrich Weinbrenner machte eine Zimmermannslehre und führte seit 1782 den väterlichen Betrieb. Daneben bildete er sich handwerklich und zeichnerisch fort, besuchte auch das Gymnasium. 1787 ging er nach Zürich, dann nach Genf und war in der Revolutionszeit in Paris. 1791 besuchte er Architekturvorlesungen in Berlin und war von 1792 bis 1797 in Italien, vor allem in Rom. Nach seiner Rückkehr erhielt er in Karlsruhe eine Stellung, aber er vertrug sich nicht mit dem Bauinspektor Jeremias Müller, dem er eigentlich nachfolgen sollte, er ging nach Straßburg und dann nach Hannover, aber im August 1800 kehrte er als Bauinspektor nach Karlsruhe zurück, seit 1801 als Baudirektor.

Karl Friedrich war schon früh auf den begabten Architekten aufmerksam geworden und hatte seinen Aufenthalt in Rom finanziell unterstützt. An seiner Rückkehr nach Karlsruhe 1800 hatte die Reichsgräfin von Hochberg entscheidenden Anteil. Von da an arbeitete Weinbrenner an der Umgestaltung Karlsruhes zu einer richtigen Residenz, und sowohl Karl Friedrich wie sein Nachfolger Karl setzten sich mit seinen Plänen auseinander und für sie ein. Allerdings waren bei der Bildung des Kurfürstentums und seit 1806 des Großherzogtums zunächst andere Aufgaben wichtiger, und die finanziellen Spielräume nach den Bestechungsgeldern und bei den großen Forderungen Napoleons waren sehr eng.

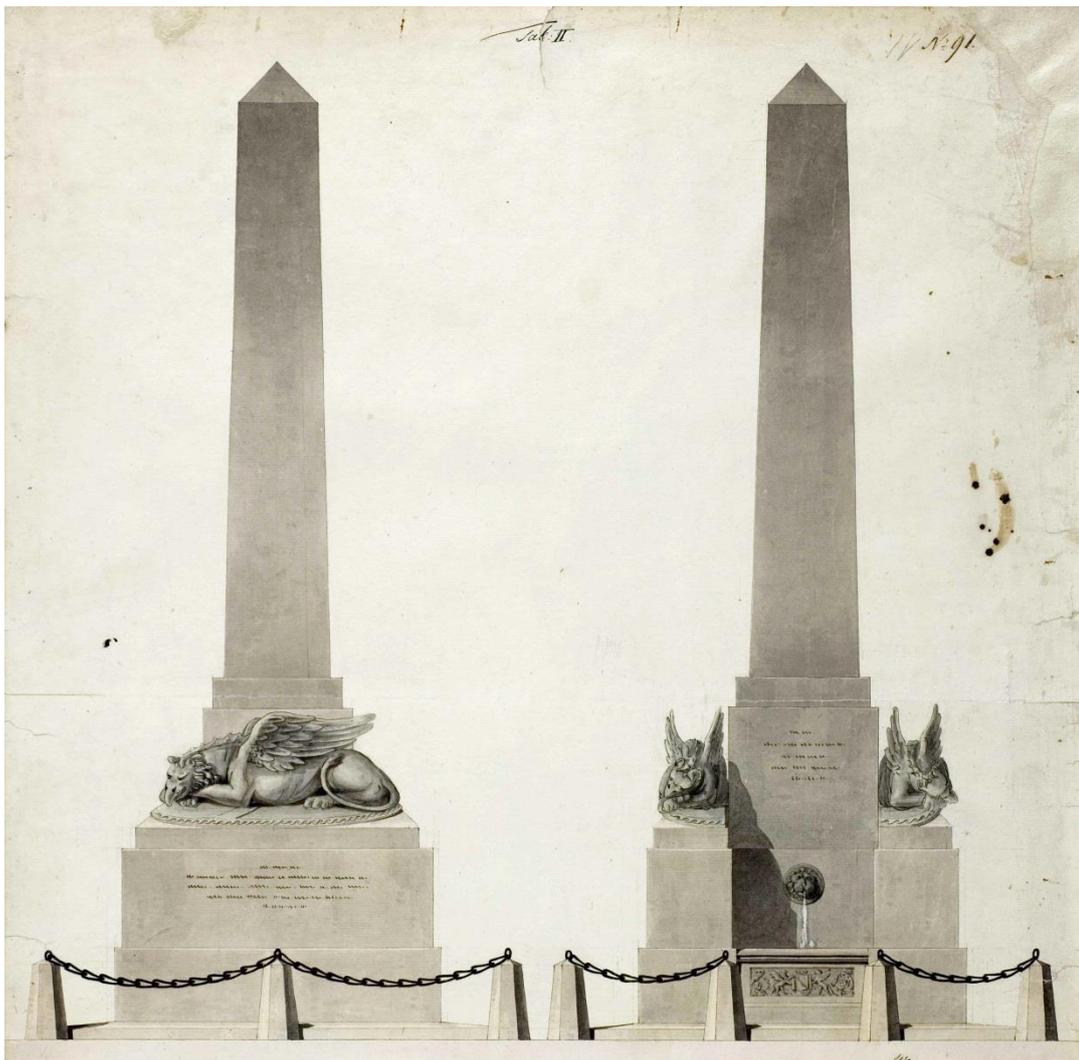
Seit 1803 arbeitete Weinbrenner an den Plänen zur repräsentativen Umgestaltung Karlsruhes zur Residenzstadt. Sein Stil war geprägt von den Eindrücken, Erfahrungen und Studien von Weinbrenners fünfjährigem Aufenthalt in Rom, kraftvoll, klassizistisch und monumental. Das Schloss war schon 1770 erweitert und umgebaut worden, den vorher alleinstehenden Turm hatte Jeremias Müller umgestaltet und in den Schlossbau integriert. Auch die Kleine Kirche wurde 1773 – 1776 von Jeremias Müller gebaut.

Stadtmodell der Weinbrennerstadt Karlsruhe im Stadtmuseum



Weinbrenner sah einen großen Schlossplatz und eine südliche Abgrenzung durch den halb-kreisförmigen Zirkel vor, dem entlang die Regierungsbauten aufgereiht wurden, also eine dem Schloss gegenüberliegende Regierungszentrale. Weiter südlich, im Zentrum der Stadt, plante Weinbrenner einen großen Marktplatz und eine weiterführende Achse, die *via triumphalis* mit einer Aufreihung von repräsentativen Bauten auf beiden Seiten. Dabei war allerdings die Konkordienkirche mit dem Grab des Stadtgründers Karl Wilhelm und der danebenliegende Friedhof im Weg. Die Kirche wurde 1807 abgerissen, das Grabmal des Stadtgründers wurde provisorisch mit einer Pyramide aus Brettern gesichert. Weinbrenner wollte ein großzügiges Grabmal, Großherzog Ludwig entschied sich jedoch für die Beibehaltung der Pyramide, die dann 1823 – 1825 von Weinbrenner errichtet wurde. Am Marktplatz stehen sich das Rathaus und die Evangelische Stadtkirche mit jeweils einer gewichtigen klassizistischen Säulenfassade gegenüber. Weiter südlich kommt der Rondellplatz mit der von Weinbrenner 1822 – 1827 gestalteten Verfassungssäule. Die *via triumphalis* war ein eindrückliches und großzügiges Gesamtprojekt, aber auch sonst hat Weinbrenner in Karlsruhe bleibende Spuren hinterlassen, auch wenn durch Umbauten und Neubauten, vor allem aber durch die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg vieles verlorengegangen ist. Zu den wichtigsten Bauten gehört die katholische Stephanskirche als Zugeständnis an die neue Konfessionsverteilung im Großherzogtum, ein Rundbau nach dem Vorbild des römischen Pantheons, 1814 geweiht, und das Badische Ständehaus, das erste Parlamentsgebäude in Deutschland, 1822 eingeweiht, 1944 zerstört und 1961 vollends abgerissen. Weinbrenner starb 1826, er hatte unter drei Großherzogen gedient und mit der Neugestaltung von Karlsruhe zum Zusammenwachsen des jungen Staates erheblich beigetragen.

Verfassungssäule am Rondellplatz 1827



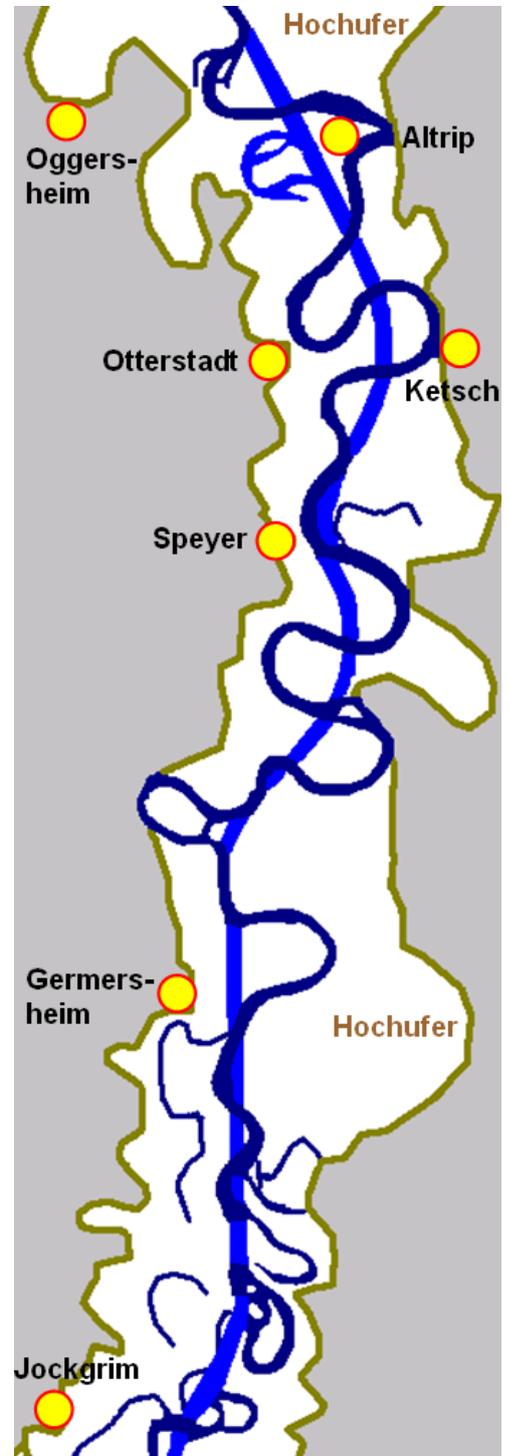
Die Rheinbegradigung unter Johann Gottfried Tulla

Johann Gottfried Tulla, 1770 in Karlsruhe geboren, erhielt 1792 bis 1794 eine Ausbildung bei der Salineninspektion in Gerabronn, damals zur Markgrafschaft Ansbach gehörig. Danach studierte er Chemie und Mineralogie in Freiberg. Er wurde von Großherzog Karl Friedrich entdeckt und gefördert, 1801 war er zur weiteren Ausbildung über ein Jahr in Paris. 1803 wurde er endgültig nach Karlsruhe zurückgerufen und mit dem militärischen Rang eines Hauptmanns eingestellt.

1807 gründete er eine Ingenieurschule in Karlsruhe. Zu seinem großen Thema wurde die Regulierung von Flüssen, insbesondere die Rheinbegradigung. Der Rhein mäanderte im Tiefgestade auf einer Breite von mehreren Kilometern und suchte sich nach jedem Frühjahrshochwasser ein neues Bett. Tulla hatte die Idee, in einer Ideallinie die Mäanderarme abzuschneiden, weitgehend trocken zu legen und so auf der einen Seite Ackerland zu gewinnen, auf der anderen Seite den Fluss als Wasserstraße nutzbar zu machen. Diese Ideen trafen bei Großherzog Karl Friedrich auf fruchtbaren Boden, entsprachen sie doch seinen eigenen Vorstellungen zur landwirtschaftlichen Entwicklung. Tulla legte dem Großherzog schon 1809 die ersten Pläne vor. Die Begradigung sollte mit Durchstichen erreicht werden, man bot dem Fluss den Anfang der Ideallinie an, die Wassermassen würden dann das neue Bett freimachen.

Wegen der aktuellen politisch-kriegerischen Verwicklungen mussten die Pläne Tullas zurückgestellt werden, aber nach dem Rheinhochwasser 1816, das das linksrheinische Wörth schwer heimgesucht hatte, kam es zu einem bayrisch – badischen Staatsvertrag. Tulla wurde 1817 Leiter der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaus. Im Frühjahr 1817 wurde mit dem Knielinger Durchstich begonnen, als letzter folgte 1865 der Altriper Durchstich. Die Rheinbegradigung war eine gigantische Aufgabe für mehrere Generationen, sie war umstritten, die Bauern mussten Hand- und Spanndienste leisten, die Vorbereitung der Durchstiche war schwere Handarbeit. Gegen die Knielinger Bauern musste 1817 sogar Militär eingesetzt werden. Aber der Rhein wurde von 135 km auf 86 km verkürzt, der neue Rhein grub sich in drei bis vier Jahren sein neues tiefes Bett, die Hochwässer wurden seltener und schwächer, das gewonnene Ackerland wurde durch Deiche aus dem Aushub der Durchstiche geschützt. Die Rheinlandschaft wurde so völlig umgestaltet.

Tulla und Weinbrenner haben eine ähnliche Karriere. Sie wurden von Karl Friedrich entdeckt und gefördert, sie entwickelten ihre Pläne unter Großherzog Karl und begannen mit ihrer Verwirklichung. Beide gründeten eine Schule, Weinbrenner 1800 eine Bauschule, Tulla 1807 eine Schule für Ingenieure. Beide erreichten ihre größte Wirksamkeit unter dem dritten Großherzog Ludwig, der zu ihren Plänen stand und sie sich weiterentwickeln ließ. 1825 fasste Ludwig die beiden Schulen zu einem Polytechnischen Institut zusammen, nach dem Vorbild der Pariser École polytechnique. Tulla war deshalb wohl öfters in Paris. Er wurde 1827 Offizier der Ehrenlegion und starb 1828 bei einem weiteren Aufenthalt in Paris. Er liegt als Jean Godefroy Tulla auf dem Friedhof Montmartre. Weinbrenner starb 1826, und sein Grabmal ist seit 1958 in der Krypta der Stadtkirche.



Rheinbegradigung
Moderne Darstellung 2005

Großherzog Ludwig

Der 1763 geborene Ludwig war der dritte Sohn Karl Friedrichs und hatte damit wenig Aussicht auf die Nachfolge. Er entschied sich früh für den Militärdienst und trat 1788 in die preußische Armee ein. Unter dem Herzog von Braunschweig nahm er 1792/93 an den Frankreichfeldzügen teil, nahm aber 1795 seinen Abschied. Er kehrte nach Karlsruhe zurück und wurde von seinem Vater für verschiedene Aufgaben herangezogen, 1802 für eine Sondergesandtschaft zum Zaren, 1803 für Verhandlungen mit Napoleon. Im selben Jahr wurde er Kriegsminister, und 1804 erhielt er die Verantwortung für Finanzen und Forstverwaltung. Er galt als Vertrauensmann Napoleons und war auch in die Eheverhandlungen Stéphanie – Karl involviert. Aber 1806 interessierte Napoleon sich zu aufdringlich für Leistungen aus der badischen Holzwirtschaft, Ludwig antwortete wohl undiplomatisch, und Napoleon verlangte seinen Rücktritt, 1808 auch als Kriegsminister. 1810 wurde er auf Druck Napoleons nach Schloss Salem verbannt. Erst 1812 durfte er nach Karlsruhe zurückkehren.

Das Verhältnis zu seinem jetzt regierenden Neffen scheint nicht besonders gewesen zu sein, denn Ludwig wurden keine neuen Aufgaben übertragen (obwohl 1812/1813 politisch-militärische Fragen eine große Bedeutung hatten), und er gehörte nicht zum beratenden Umfeld. Ludwig hatte den Ruf eines Lebemanns mit ausschweifendem Lebenswandel. In der Zeit begann seine Verbindung mit der Bürgerlichen Katharina Werner, die mehrere Kinder zur Welt brachte. Sie war seine Mätresse und war vielleicht heimlich mit ihm verheiratet. 1827 wurde sie zur Gräfin von Langenstein und Gondelsheim erhoben. Auf ihre Tochter Louise geht die Familie Douglas zurück. Mit dem vielleicht nicht so konkret erwarteten Tod seines Neffen Karl wurde er am 8. Dezember 1818 unvorbereitet neuer Großherzog.

Ludwig ging der Ruf eines Anhängers des fürstlichen Absolutismus voraus, aber als erstes Dekret veröffentlichte er am 23. Dezember die Wahlordnung, die Nebenius entworfen und die der verstorbene Großherzog nicht mehr unterschrieben hatte. Reitzenstein schied aus der Regierung aus, aber die anderen Minister blieben im Amt. Am 22. April wurde der erste Landtag eröffnet. Bis zum Bau eines Ständehauses stellte der neue Großherzog im Schloss Sitzungsräume zur Verfügung, und er hielt eine Eröffnungsrede und präsierte bei einem anschließenden Festmahl. Ludwig nahm mit großer Energie die vielen Aufgaben in Angriff, die wegen der Entschlossenheit seines Vorgängers liegengeblieben waren. Dazu gehörte zunächst die Finanzverwaltung. Zwar sparte er nicht beim Militärhaushalt, wohl aber bei der Repräsentation und beim Hofleben. Die Pläne Weinbrenners und Tullas führte er entschlossen weiter.

Ludwig kümmerte sich sehr um die Eingliederung des vorderösterreichischen Breisgau. Dazu gehört das Anknüpfen an die Zähringertradition. Die Markgrafen waren ja Nachfahren der Zähringer, das war lange Zeit in Vergessenheit geraten, wurde aber jetzt herausgestellt und in die Titulatur aufgenommen. Und der Orden vom Zähringer Löwen, 1812 von Großherzog Karl begründet, wurde zum badischen Verdienstorden. Die Universität in Freiburg, zunächst eher ein Stiefkind, wurde unter Großherzog Ludwig abgesichert, reformiert und erweitert, sie trägt seither seinen Namen Albrecht-Ludwigs-Universität. Der große liberale Staatsrechtler Carl von Rotteck wurde im ersten Landtag der Vertreter der Universität in der Ersten Kammer. Auch die Verlegung des Bistums von Konstanz nach Freiburg 1821/27 gehört zu dieser Aufwertung.

Die Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse war dringlich und schwierig. Das Großherzogtum Baden, hervorgegangen aus einer protestantischen Markgrafschaft mit katholischer Minderheit, war jetzt zu zwei Dritteln katholisch. Die katholischen Gebiete hatten zum Bistum Konstanz, zu Straßburg, Worms, Speyer, Mainz und Würzburg gehört, mit unterschiedlichen Traditionen, Volksliturgien, Gesangbüchern, mit eigener Priesterausbildung. All das musste jetzt organisatorisch und theologisch vereinigt werden. Dazu kam in den ehemals rein katholischen Gebieten ein großer Kirchen- und Klosterbesitz, der von der neuen Regierung erfasst und zum guten Teil säkularisiert wurde (wie die Juwelen für die Großherzogskrone). Deshalb waren Verhandlungen mit dem Vatikan nötig, die 1821 mit der Zirkumskriptionsbulle *Provida solersque* ihren Abschluss fanden, mit der die Bistümer entsprechend den neuen Staaten neu geordnet wurden, für Württemberg das Bistum Rottenburg, für Baden das Erzbistum Freiburg, beide auf vorderöster-

reichischem Grund. Das Freiburger Münster wurde zur Metropolitankirche erhoben. Das Bistum Konstanz, größter und wichtigster Vorgänger wurde seit 1801 von Ignaz Freiherrn von Wessenberg als Generalvikar geführt, einem aufgeklärten römisch-katholischen Theologen aus einer schwäbischen Adelsfamilie, der aber erst 1812 zum Priester geweiht wurde. Auf dem Wiener Kongress setzte er sich für die Schaffung einer deutschen Nationalkirche ein. Deshalb verweigerte ihm die Kurie die Ernennung zum Bischof oder auch nur zum Koadjutor. Er bereitete die Zusammenführung der Katholiken in dem neuen Erzbistum und auch den Umzug nach Freiburg vor. Aber die Kurie verweigerte ihm die Nachfolge, und er zog sich nach Konstanz zurück und vermachte dem Großherzog für die Stadt seine große Sammlung von Gemälden und Handschriften, heute in der Wessenberg-Galerie in Konstanz. Sein gewählter Nachfolger Wanker, ein Freiburger Theologieprofessor, starb 1824, bevor er von Rom bestätigt wurde, und auch dessen Nachfolger, der Münsterprediger Bernhard Boll, wurde erst 1827 von der Kurie bestätigt und feierlich als erster Erzbischof in sein Amt eingeführt.



Die Stadt Freiburg wollte dem Großherzog für seine große Hilfe mit einem Denkmal danken, aber er wünschte sich eine evangelische Kirche für Freiburg. Nach längeren Verhandlungen schenkte er der Stadt die romanische Kirche des ehemaligen Klosters Tennenbach. Die Gebeine der dort beigesetzten Zähringer wurden ins Münster überführt, und die Kirche wurde ab 1829 von Friedrich Eisenlohr Stein für Stein abgebrochen und nach Freiburg transportiert. Heinrich Hübsch leitete den Neuaufbau und ergänzte die Kirche mit dem neuromanischen Vierungsturm. Die Kirche wurde 1839 als Ludwigskirche geweiht. Sie wurde im zweiten Weltkrieg zerstört.

Auch bei den Protestanten gab es große Unterschiede. Die Kurpfalz war kalvinistisch, die untere Markgrafschaft lutherisch. Schon Karl Friedrich und Brauer hatten auf eine Zusammenlegung hingearbeitet. Jetzt lud der Großherzog zu einer Generalsynode mit 44 Delegierten, darunter Johann Peter Hebel, in die Stadtkirche ein, und so wurde 1821 die (nach Preußen zweite) unierte *Badische Landeskirche* geschaffen.

Karl Friedrich Nebenius, der Redaktor der Badischen Verfassung, erwarb sich bleibende Verdienste bei der Zusammenführung der unterschiedlichen Verwaltungen. Er setzte gegen große Widerstände konsequent das metrische System durch, gegen badische Meilen, Ellen, Klafter, Morgen, allerdings zunächst noch in der abgemilderten Wildschen Reform. 1829 wurde das Eichwesen neu geordnet und die staatlichen Eichämter eingeführt. Das volle metrische System wurde erst 1869 eingeführt. Insgesamt wurde unter Großherzog Ludwig für das Zusammenwachsen Badens sehr viel geleistet. Dass er ein eher unpopulärer Herrscher war, hängt mit seiner unpersönlichen Art zusammen, seinem Hang zu raschem Handeln und zur Effektivität, vor allem aber mit seiner Haltung gegenüber der Verfassung.

Wir haben eine ständige Verfassung erhalten, ein politisches Leben als Volk ... Wir waren Baden-Badener, Durlacher, Breisgauer, Pfälzer, Nellenburger, Fürstenberger, wir waren Freiburger, Konstanzer, Mannheimer: ein Volk von Baden waren wir nicht. Fortan aber sind wir Ein Volk, haben einen Gesamtwillen und ein anerkanntes Gesamtinteresse, d. h. ein Gesamtleben und ein Gesamtrecht. Jetzt erst treten wir in die Geschichte mit eigener Rolle ein.

So begründete Rotteck seine Einstellung zu Baden gegenüber einem alten Vorderösterreicher. Er war als Vertreter der Universität in der Ersten Kammer und später als gewählter Abgeordneter in der Zweiten. Er war der Wortführer der Liberalen, die in den Sitzungen des Ersten Landtags 1819 ihr Programm zur Umgestaltung des Staates vorbrachten:

Trennung der Rechtsprechung von der Verwaltung, Einführung des öffentlichen und mündlichen Verfahrens in bürgerlichen und peinlichen Rechtsstreitigkeiten und von Geschworenengerichten zur Entscheidung von Strafsachen, Abschaffung der Zehnten, der Herrschafts- und Landfrohnenden, Vorlegung des in der Verfassung verheißenen Gesetzes über die Verantwortlichkeit der Minister, Herstellung der Pressfreiheit, Einleitungen zu einer allgemeinen deutschen Bundesgesetzgebung – das waren die Wünsche, die auf dem ersten badischen Landtag laut geworden sind, deren Erfüllung erst nach einer langen Reihe von Jahren möglich wurde. (Weech, S.526)

Großherzog Ludwig war darüber so empört, dass er den Landtag ungnädig nach Hause schickte und ihn von da an durch Ausnützen der Wahlperioden, durch Änderungen in der Wahlordnung und andere Maßnahmen gefügiger zu machen. 1825 gab es einen der Regierung geneigten neuen Landtag. Das lag auch im Geist der Zeit, denn seit der Ermordung Kotzebues durch den Studenten Sand und den Karlsbader Beschlüssen übten Metternich und der Deutsche Bund einen starken antiliberalen Druck aus. Doch Ludwig hielt an der ungeliebten Verfassung fest, das Ständehaus wurde seit 1820 gebaut und im November 1822 übergeben, und die Verfassungssäule wurde 1827 eingeweiht, aber erst 1832 dem Großherzog Karl gewidmet mit der Inschrift *Dem Gründer der Verfassung die dankbare Stadt Karlsruhe.*

Großherzog Ludwig war mit 55 Jahren an die Regierung gekommen und hatte sich als Regent nicht geschont. Die Außenpolitik spielte zu seiner Zeit keine große Rolle, dafür aber des Zusammenwachsen und die Gesundung des Staates. Er konnte die schwere Schuldenlast, das Erbe der napoleonischen Zeit, nicht ganz abbauen, aber er brachte Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht und erzielte Überschüsse, obwohl er in öffentliche Aufgaben wie der Rheinbegradigung, dem Ausbau von Karlsruhe, der kirchliche Neuordnung, der beiden Universitäten viel investierte. Er war ein guter und solider Haushalter, sein Lebensstil war nüchtern und unaufwendig. Für die Feiern zum Hundertjährigen Geburtstag seines Vaters 1828 ordnete er an, dass keine besonderen öffentlichen Ausgaben gemacht werden sollten.

Ludwig war der letzte Nachkomme aus der ersten Ehe seines Vaters, sein Erbe war nach dem Hausgesetz von 1817 sein ältester Halbbruder Leopold, 1790 geboren, gut erzogen, Teilnehmer an den Feldzügen gegen Frankreich 1813/14, danach ohne öffentliche Stellung, aber seit 1818 Thronfolger. Er heiratete 1819 Sophie von Schweden, die Tochter des vertriebenen Gustav IV. Adolf und der Friederike von Baden, also eine Urenkelin seines Vaters. Der erste, 1822 geborene und gestorbene Sohn hieß Ludwig, ebenso der zweite 1824 geborene. Das könnten Angebote an den regierenden Großherzog gewesen sein. Denn Ludwig liebte seinen Halbbruder nicht. Von gelegentlichen repräsentativen Aufträgen, etwa zur Thronbesteigung des Zaren Nikolaus 1825 abgesehen wurde Leopold vom Hof und von der Politik ferngehalten. Als er am 30. März 1830 durch den Tod Ludwigs Großherzog wurde, war er auf die Aufgabe nicht vorbereitet.

Die Anfänge Großherzogs Leopolds

Im Juli 1830 wurden die reaktionären Bourbonen in Paris gestürzt, „Julikönig“ wurde Louis-Philippe von Orléans. Im Herbst brach die niederländische Union auseinander, Belgien wurde ein unabhängiges Königreich unter Leopold von Sachsen-Coburg-Gotha. Die Zeiten waren also viel unruhiger, die Liberalen schöpften wieder Hoffnung, und in Baden hofften sie auf Leopold. Der neue Großherzog trennte sich von den alten Ministern, vor allem dem verhassten Innenminister von Berckheim. Neuer Innenminister wurde Ludwig Georg Winter, der als aufmüpfiger Landtagsabgeordneter in Ungnade gefallen war, sein Ministerialdirektor wurde Nebenius. Isaak Jolly, aus einer hugenottischen Familie in Mannheim, Abgeordneter und 1830 Präsident der Zweiten Kammer, wurde Staatsrat und 1835 Justizminister. Auch Sigismund von Reitzenstein wurde zurückgeholt und war von 1832 bis 1842 Präsident des Staatsministeriums, aber er war vor allem noch repräsentativ.



Leopold kehrte demonstrativ zur Verfassung von 1818 zurück, ohne die Änderungen und Manipulationen unter Ludwig. Der neue Landtag von 1831 nahm das Programm von 1819 wieder auf. In der folgenden Zeit wurde eine von Winter ausgearbeitete neue Gemeindeordnung beschlossen, mit der Wahl der Gemeinderäte und Bürgermeister der größeren Gemeinden, allerdings mit einem an Wohnbesitz und Steuer gebundenen Wahlrecht. Die Justiz wurde neu geordnet, eine Zivilprozessordnung erlassen, die alten Lehenslasten, die Zehnten, wurden durch eine Vorlage Rottecks abgeschafft. Die Pressefreiheit wurde durch Gesetz eingeführt. Die Liberalen, die in der Zweiten Kammer über eine ständige Mehrheit verfügten und von den bekannten Abgeordneten Karl von Rotteck und Carl Theodor Welcker geführt wurden, schienen sich in Baden erfolgreich durchzusetzen, auch wenn sie die volle Emanzipation der Juden 1831 noch ablehnten.

Allerdings hatte sich die politische Großwetterlage gedreht, die konservative Monarchie hatte sich unter der Führung von Metternich wieder gefestigt, und der Deutsche Bund verlangte von Baden die Aufhebung der Pressefreiheit, die Wiedereinführung der Zensur, die Durchführung der „Demagogenverfolgung“, der Gesinnungsschnüffelei gegen liberale Bestrebungen. Der Großherzog lavierte zwischen den Forderungen des Landtags und denen des Deutschen Bundes. So wurde Rotteck 1833 in Freiburg mit großer Mehrheit zum Bürgermeister gewählt, aber die Regierung verweigerte die Zustimmung. Um größere Proteste zu vermeiden, verzichtete Rotteck von sich aus, und sein Neffe wurde gewählt. Aber dieses Lavieren schadete der Popularität des Großherzogs.

Kaspar Hauser

Die bayrische Regierung hatte ihre Pläne zur Aufteilung Badens nicht aufgegeben. Die zweite Frau des ersten bayrischen Königs, die Stiefmutter des neuen Königs Ludwigs I. war die Prinzessin Karoline von Baden, eine Tochter der Amalie und eine Enkelin Karl Friedrichs, auch aus familiären Gründen gegen die Erbfolge Leopolds. Als am 26. Mai 1828 in Nürnberg ein rätselhafter Findling auftauchte, wurde er schnell als der 1812 geborene und gestorbene Sohn von Karl und Stéphanie identifiziert, der von der Gräfin von Hochberg vertauscht, entführt und in einem Keller in Schloss Beuggen großgezogen worden sei. Der Nürnberger Jurist Anselm von

Feuerbach, der sich mit dem Findling Kaspar Hauser intensiv beschäftigt hatte, stellte in einem geheimen *Mémoire* an die Königinwitwe 1832 alle möglichen Indizien zusammen, die diese Herkunft untermauern konnten, Bayern versuchte damals, an der Geschichte festzuhalten, um damit Baden zu destabilisieren. Die Legende Kaspar Hauser gewann dann literarisch und später auch esoterisch eine ungeheure Popularität.

Der Deutsche Zollverein 1834

Die Bundesakte von 1815 hatte eine wirtschaftliche Zusammenarbeit gefordert, aber sie scheiterte an der Konkurrenz von Preußen und Österreich. Der Reutlinger Daniel Friedrich List, Mitherausgeber des Staatslexikons von Rotteck und Welcker, war ein unermüdlicher Propagandist für einen deutschen Zollverein, ein großes Wirtschaftsgebiet ohne Zollgrenzen, in dem sich Wirtschaft, Industrie, Eisenbahn ungehindert entwickeln konnten:

Achtunddreißig Zoll- und Mautlinien in Deutschland lähmen den Verkehr im Innern und bringen ungefähr dieselbe Wirkung hervor, wie wenn jedes Glied des menschlichen Körpers unterbunden wird, damit das Blut ja nicht in ein anderes überfließe. Um von Hamburg nach Österreich, von Berlin in die Schweiz zu handeln, hat man zehn Staaten zu durchschneiden, zehn Zoll- und Mautordnungen zu studieren, zehnmal Durchgangszoll zu bezahlen. Wer aber das Unglück hat, auf einer Grenze zu wohnen, wo drei oder vier Staaten zusammenstoßen, der verlebt sein ganzes Leben mitten unter feindlich gesinnten Zöllnern und Mautnern, der hat kein Vaterland.

Die Verhandlungen zum Zollverein gingen von Preußen aus. Österreich als Zentrum eines eigenen Wirtschaftsbereichs war nicht interessiert, und Metternich hielt Wirtschaftsfragen für nicht wichtig genug, um dagegen zu intervenieren. Die kleineren Staaten waren unsicher, fürchteten ein preußisches Übergewicht und negative Auswirkungen für die eigene Wirtschaft. Außerdem waren Zölle und indirekte Steuern auf Waren (z.B. die Salzsteuer) eine wichtige staatliche Einnahmequelle. Freihandel machte Angst, seine Funktion als wirtschaftlicher Motor wurde nicht gesehen oder abgelehnt. Der Zollverein wurde zum 1. Januar 1834 gegründet, Baden trat 1835 bei. Dabei war der Widerstand in der Zweiten Kammer zunächst groß. Aber Nebenius, der schon 1819 für eine Zollunion geworben hatte, arbeitete mit ganzer Kraft für den Beitritt. Seine *Denkschrift für den Beitritt Badens zu dem ... Zollverein* (1833) und sein großes Buch *Der deutsche Zollverein, sein System und seine Zukunft* (1835) überzeugten schließlich. Die zweite Kammer stimmte mit 40 gegen 22 dafür, die Erste einstimmig. Der Großherzog sprach von seiner Überzeugung, *dass diese große Nationalangelegenheit und diese Vereinigung die Interessen des Großherzogtums mächtig fördern und dass die Erfahrung auch jene belehren werde, die gegenwärtig noch Zweifel hegen möchten.* (von Weech, S. 553/54)

Der Zollverein wurde zum wirtschaftlichen Unterbau des späteren Reiches.

Nebenius war auch der Initiator des badischen Volksschulgesetzes von 1835. Auch war er an der Einrichtung von Gewerbeschulen in allen größeren Städten beteiligt, wo Volksschulabsolventen gleichzeitig handwerkliche Fertigkeiten und gewerbliche Bildung vermittelt wurde, wie seine *Denkschrift Ueber technische Lehranstalten in ihrem Zusammenhange mit dem gesamten Unterrichtswesen und mit besonderer Rücksicht auf die polytechnische Schule zu Karlsruhe* (1833) zeigt. Die Karlsruher Polytechnische Schule wurde durch ihn grundsätzlich reformiert. Baden ging damit in der beruflichen Bildung neue Wege, die von den anderen Staaten übernommen wurden und so zur dualen Berufsausbildung führten. Nebenius war wie Brauer und Rotteck Freimaurer.

Die Eisenbahn

Nebenius wie Friedrich List sahen den Zollverein und den Ausbau der Eisenbahn als zwei Seiten



derselben Medaille, als Möglichkeiten zur Intensivierung von Handel und Produktion und damit als Voraussetzung für mehr Wohlstand und Reichtum. Karl Friedrich Nebenius, der richtungsweisende Badener in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, war kein Politiker, kein Landtagsabgeordneter, kein geschickter Redner, der seine Ideen vor der Kammer oder vor einem Publikum vertreten konnte, er war ein Beamter im besten Sinne, mit vielen Projekten und Innovationen, aber am stärksten wirkte er durch seine Vorlagen und Denkschriften, so für die Verfassung von 1819, seine Denkschrift über die technischen Lehranstalten, seine Schriften zum Zollverein. Eisenbahnen gab es in England seit 1825, die erste größere Bahnlinie war 1830 die Strecke Manchester – Liverpool. In Deutschland war die Ludwigsbahn zwischen Nürnberg und Fürth 1835 die erste Bahnverbindung.

Nebenius trat 1836 für den Bau einer Eisenbahn im Rheintal ein. Für ihn war das eine Staatsaufgabe, während die ersten Bahnen sonst oft Privatinitiative waren. Auf der Basis seiner Empfehlungen beschloss der Landtag

1838 den Bau einer staatlichen Eisenbahn zwischen Mannheim und Basel, allerdings mit der vermeintlich sichereren Breitspur von 1,6 m, in der Hoffnung, dass sich die anderen Bahnbauer dieser Lösung anschließen würden. Die Bauarbeiten begannen 1839, als erste Strecke wurde 1840 die Linie Mannheim-Heidelberg eröffnet. Karlsruhe wurde 1843 erreicht, Offenburg 1844, Freiburg 1846, Müllheim 1847. Das war eine gewaltige Infrastrukturaufgabe, der Bau der Bahnlinie, dazu die Bahnhöfe, die von Friedrich Eisenlohr repräsentativ gestaltet und am Anfang wie die Kirchen mit einem Turm versehen wurden. Eine Aufgabe war auch der Anschluss an die anderen deutschen Bahnen und über den Rhein nach Straßburg, denn es gab keinen Gesamtplan und schon wegen der anderen Spur keine durchfahrenden Züge. Noch 1846 wurde in der Kammer die badische Spur verteidigt, mit dem Argument, dass auch bei gleicher Spurweite nie ein badischer Wagen im württembergischen Bahnnetz fahren würde.

Der Bahnbau bedeutete auch einen Innovationsschub für die Industrialisierung. Die ersten Lokomotiven wurden von Borsig in Berlin gebaut, aber schon 1841 gründete Emil Kessler in Karlsruhe eine Lokomotivfabrik. Die Schienen wurden importiert, aber die Montage und die dazu gehörigen Befestigungen erforderten qualifizierte Arbeiter und durchbrachen die alte Handwerkstradition. In den 1840er-Jahren wurden also wichtige Grundlagen für die spätere Entwicklung gelegt, aber das wirkte sich für die Menschen noch nicht positiv aus, die Not war wegen der wachsenden Bevölkerungszahl groß, die Zollfreiheit beschädigte manche Gewerbe, vor allem bei den Webern, deren Arbeit von Maschinen übernommen wurden. Viele emigrierten nach Amerika, die Unzufriedenheit war verbreitet. Dazu kam, dass 1845 und 1846 für die Landwirtschaft schlechte Jahre waren. Es gab also viel sozialen Zündstoff.

